Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem.

Sonntag, den 5. April 1925.

Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 41.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109, Hof, rechts. Tel. 36-90. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat April beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

# Der Lodzer Stadtrat gegen das Pluralwahlrecht.

## Mit Ausnahme der „Chjena" unterstützt keine Partei die Thesen des Stadtpräsidenten.

### Rede des Stv. Kuk (D. A. P.).

In der Sitzung vom Donnerstag nahm die Lodzer Stadtverordnetenversammlung Stellung zu den Gesetzesprojekten, die die Wahlordnung für die Selbstverwaltungen abändern sollen. Dabei wurde der Standpunkt des Stadtpräsidenten Cynarski in der Zwölferkommission des Städteverbandes abgelehnt. Alle Redner erklärten, daß sie die Cynarskischen Erklärungen in Warschau als seine persönliche Meinung ansehen, während sie selbst das fünfgliedrige Wahlrecht fordern.

Im Namen der Fraktion der Deutschen Arbeitspartei Polens sprach Stadtverordneter Ludwig Kuk. Er führte aus:

Man wird uns nicht davon überzeugen, daß die Entschlüsse der Selbstverwaltungskommission beim Städteverband nur von der Absicht diktiert waren, arbeitsfähige Stadtverordnetensammlungen und Magistrate zu schaffen, womit der Herr Stadtpräsident Cynarski diese Beschlüsse zu begründen suchte. Es ging, und das will ich klar feststellen, nur darum, den rechten Parteien dazu zu verhelfen, durch diese Wahlordnung ihren Einfluß in den Selbstverwaltungen zu erhalten. Die Tatsache, wer in in der Kommission die Mehrheit und wer die Minderheit ist, weist klar darauf hin.

Dagegen müsse aber die Zusammensetzung der Verwaltung des Städteverbandes und damit auch der Kommission die Stimmung der Mehrheit der polnischen Staatsbürger widerspiegeln. Die Tagung des Städteverbandes in Kattowitz hat uns bewiesen, daß die Rechtsparteien im Städteverband die Mehrheit nicht besitzen. Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Linken angenommen. Demgegenüber hörten wir aus dem Munde des Herrn Stadtpräsidenten, daß die Linke in der Kommission in der Minderheit geblieben ist. Warum die Kommission diese und keine andere Zusammensetzung hat, ist der Schuld der Linksparteien zuzuschreiben, die um „des lieben Friedens" willen zu ernsteren Arbeiten Leute zulassen, die diese Arbeit an sich reißen. Die Sozialisten und überhaupt die Linksparteien haben die ideelle Schwäche, die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Proportion gegenüber den Vertretern der Rechtsparteien nicht nur im wahren Sinne des Wortes anzuwenden, sondern über diese Proportion zugunsten der Rechten hinauszugehen. Die Rechte kennt diese Skrupeln dagegen nicht. Wo es nur geht, besetzt sie alles meist mit eigenen Leuten. Den anderen überläßt sie den Weg des Protestes, der Empörung — die Früchte aber hat sie in das eigene Nest geschleppt.

Denn, meine Herren, wie sieht z. B. die Vertretung der Stadt Lodz in der Kommission aus, über deren Arbeiten uns der Herr Präsident Bericht erstattete?

Wenn ich mir die Zusammensetzung des Stadtrats ansehe, so könnte ich dem Herrn Stadtpräsidenten zahlenmäßig keinesfalls das Recht einräumen, die Stadt Lodz zu vertreten. Der größte Teil der Stadtverordneten und Fraktionen, die Herrn Cynarski seinerzeit für das Stadtpräsidentenmandat wählten, sind mit seinen Ansichten über das Selbstverwaltungswahlrecht bestimmt nicht einverstanden. Ist die Nationale Arbeitspartei (N. P. R.) z. B. für das Pluralwahlrecht? Werden sich die jüdischen rechten Fraktionen z. B. damit einverstanden erklären, daß demjenigen eine Zusatzstimme gewährt wird, der die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht? Kann sich die Bürgerlich-deutsche Partei, die den Herrn Stadtpräsidenten ebenfalls gewählt hat, z. B. damit einverstanden erklären, daß zurücktretende Stadtverordnete nicht durch Ersatzmänner der eigenen Liste, sondern durch eine nachträgliche Wahl des gesamten Stadtrats ergänzt werden? Und wird selbst die Chadecja — wenn sie an ihre Wähler denken wird — ihr Akzept dazu geben, daß Bürger mit Mittel- und Hochschulbildung Zusatzstimmen erhalten? Ich glaube, daß alle diese Parteien, die den Herrn Stadtpräsidenten in seinen Präsidentensessel erhoben, sich mit den Grundsätzen nicht einverstanden erklären können, für welche unser Lodzer Präsident, der Vertreter dieser Arbeiterstadt, seine Stimme abgab, den aber nur die Grundsätze der Gleichheit verpflichten müßten.

Und ebensolche Vertreter ihrer Städte waren die anderen 12 Mitglieder der Kommission. Die gegenwärtige politische Orientierung, die im Lande seit einem Jahre herrscht und deutlich darauf hinweist, daß die Rechtsparteien ausgespielt haben, zogen die Herren aus der Kommission nicht in Betracht. Und deswegen müßte heute hier eine Entschließung angenommen werden, die dem Städteverband und der Tagung mitteilt, daß die Lodzer Stadtverordnetenversammlung keinesfalls die Ansichten mitunterzeichnet, die der Herr Stadtpräsident in der Kommission äußerte.

Der einjährige Termin der Ansässigkeit des Wählers ist für uns, als Partei der Werktätigen, unannehmbar, weil er gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. Der sechsmonatige Termin genügt vollständig. Auch der Vorschlag, daß der Wähler 25 Jahre alt sein muß, ist gegen das arbeitende Volk gerichtet. In unseren Kreisen ist der Wähler politisch reif, noch ehe er 21 Jahre alt geworden ist. Die Gerechtigkeit unserer heutigen Wirtschaftsordnung und die Sorgen des grauen Alltags kneten ihn bis zum 21. Lebensjahre genügend zurecht. Er weiß mit 21 Jahren schon zu genau, welcher Partei er die Vertretung seiner Interessen anzuvertrauen hat.

Auch die 6jährige Kadenz der Stadtverordnetenversammlung ist nur darauf berechnet, die Mandate der Arbeitervertreter, wenn diese durch Arbeitswechsel nach einer anderen Stadt verziehen müssen, zu erben, da die Vorlage die Bestimmung enthält, daß die Ersatzmänner nicht das Volk, sondern der Stadtrat selbst wählt. Die Schätzung der Bürger nach der von ihnen genossenen Schulbildung ist gleichfalls nichts anderes als eine Spitze gegen die Arbeitnehmerschaft.

Alle diese Grundsätze stehen in krassem Widerspruch zur Gerechtigkeit und Gleichberechtigung der Bürgerschaft, die die Verfassung garantiert. Der Pluralgrundsatz und die vorgenannten Bestimmungen sind für uns unannehmbar. Deswegen erkläre ich im Namen der Deutschen Arbeitspartei Polens, daß wir die Beschlüsse der Selbstverwaltungskommission beim Städteverband kategorisch ablehnen und daß unsere Vertreter auf der Tagung der Städte für die vollständige Gleichberechtigung aller Wähler ohne Unterschied stimmen werden.

Zum Schluß brachte Redner eine Entschließung ein, die feststellt, daß die Stellungnahme des Präsidenten Cynarski keine Billigung des Stadtrats gefunden hat.

Im Namen der sozialistischen Parteien (D. A. P., P. P. S., „Bund") reichte Senator Dr. Kopcinski nach seiner Rede die nachstehende Entschließung ein, die den Standpunkt der sozialistischen Parteien widerspiegelt:

Zu den Gesetzen über die städtischen Selbstverwaltungen, die den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt sind, erklärt sich die Lodzer Stadtverordnetenversammlung für die nachstehenden Grundsätze:

1. Die Kadenz der Stadtverordnetenversammlungen muß eine dreijährige sein.

2. Die Stadtverordnetenversammlung muß ein verpflichtendes sowie ein kontrollierendes Organ sein, der Magistrat dagegen ein anordnendes und ausführendes. Der Stadtrat von Lodz spricht sich gegen alle Versuche aus, die die Verantwortlichkeit des Magistrats vor dem Stadtrat verringern wollen, also vor allen Dingen gegen die Beamtenmagistrate, die für eine längere Zeit als die Kadenz der Stadträte gewählt werden sollen, wie auch gegen die Einteilung der Magistratsmitglieder in Fachleute und Laien.

3. Das aktive und passive Wahlrecht für die Stadträte muß allen Bürgern ohne Unterschied der Nationalität und des Geschlechts zustehen, die in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnen und das 21. Lebensjahr beendet haben.

4. Die Präsidenten und Bürgermeister werden vom Stadtrat mit Stimmenmehrheit gewählt, die anderen Magistratsmitglieder auf Grund der Proportion. Das gewählte Magistratsmitglied behält sein Stadtverordnetenmandat.

5. Die Lodzer Stadtverordnetenversammlung spricht sich kategorisch gegen die allzugroße Berechtigung der Aufsichtsbehörden und vor allem gegen die Bestimmung aus, daß die Magistratsmitglieder von den Aufsichtsbehörden bestätigt werden.

Die Aufsichtsbehörden müssen in erster Linie Instruktionsfunktionen ausüben, die die Legalität der Stadtratsbeschlüsse kontrollieren.

6. Der Stadtrat protestiert ganz entschieden gegen die Projekte der Verschlechterung der Wahlordnung, ob durch die Pluralgrundsätze oder Wahlbezirksgeometrie oder eine andere Form. Der

Lodzer Stadtrat fordert die Erhaltung in voller Reinheit der Grundsätze des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten und proportionellen Wahlrechts für die städtischen Selbstverwaltungen.

Für diese Entschließung sprachen sich alle Redner aus. Die Vertreter der Chjena haben das Wort nicht ergriffen und verließen den Saal. Wegen Zerstörung des Quorums konnte die Abstimmung über die Entschließungen nicht vorgenommen werden. Aus den Reden ging aber hervor, daß nur der nationale Volksverband das reaktionäre Wahlrecht anstrebt.

## Obstruktion gegen das Pluralwahlrecht.

Die Verwaltungskommission des Sejm ist nach dreiwöchigen Beratungen erst beim 2. Punkt der Vorlage für die Dorfgemeinden angelangt. Die P. P. S. und die „Wyzwolenie" haben eine eigenartige Obstruktion gegen diese Pluralwahlordnung eingeschlagen. Jeder Redner spricht so lange, daß die Rede die Sitzung ausfüllt und der nächste Redner nicht mehr zu Worte kommt. Da noch 11 Redner vorgemerkt sind, so können die Beratungen noch wochenlang dauern.

Auch außerhalb des Sejm haben diese beiden Parteien eine Aktion gegen das Pluralwahlreicht eingeleitet. Die einzelnen Dorfgemeinden senden Proteste ein, deren Verlesung während der Sitzung geraume Zeit in Anspruch nimmt.

Die Proteste sowie die Obstruktion der P. P. S. und „Wyzwolenie" verschärfen den Kampf, so daß damit zu rechnen ist, daß die Beratungen noch einige Wochen nach den Ferien fortdauern werden.

In der letzten Sitzung sprach der Abg. Winkler. Er konnte seine Rede nicht zu Ende halten, da der Vorsitzende wegen der fortgeschrittenen Zeit die Sitzung abbrechen mußte. Abg. Winkler wird in der nächsten Sitzung weitersprechen.

## Das Geheimnis des Meuchelmordes.

Die feige Ermordung von Baginski und Wieczorkiewicz hat in der polnischen Oeffentlichkeit große Beunruhigung hervorgerufen. Die Stimmen, die den Mörder Muraszko zu entschuldigen suchten, werden immer kleinlauter. Sogar der „Kurjer Poznański", dieses Organ der Nationaldemokratie, verurteilt diesen Mord.

Dies Blatt schreibt: „Der Vertrag, der mit den Sowjets abgeschlossen wurde, ist nicht ausgeführt worden. Ein Agent der Kriminalpolizei hat die Ausführung verhindert. Ein Patriot, der vielleicht aus eigenen Beweggründen handelte? Ein Verbrecher? Oder aber nur ein gewöhnlicher Vollstrecker eines fremden Befehls? Wessen Befehls?"

Und hier beginnt das Geheimnis, schreibt das Posener Blatt weiter. Es sind wirklich im Prozeß Sachen gewesen, die unaufgeklärt blieben. Vielleicht ist man schon damals bemüht gewesen, den Schleier des Geheimnisses nicht zu lüften. Und um ganz sicher zu gehen, hat man die beiden Offiziere ermorden lassen.

Es heißt wörtlich: „Das Rätsel, das zu lösen ist, heißt: Hat Muraszko auf Befehl von Leuten gehandelt, die ein Interesse daran hatten, daß die Wahrheit nicht an den Tag kommen soll, oder nicht? Die Zweifel sind begründet, daß man Baginski und Wieczorkiewicz der eigenen Sicherheit wegen für immer verstummen ließ. Aus diesem Grunde muß die Oeffentlichkeit darauf dringen, daß gerade in dieser Hinsicht hin Klarheit geschaffen wird.

Leider muß man feststellen, daß die Kräfte, die hinter der geheimnisvollen Ermordung stehen, sehr stark sind. Diese Kräfte wünschen es nicht, daß das Geheimnis jemals enthüllt wird."

Der Warschauer „Kurjer Poranny" lenkt den Verdacht auf die Organisation „Alarmbereitschaft Polnischer Patrioten", die schon seit längerer Zeit in den Ostgebieten ihr Unwesen treibt und welcher Organisation auch der Meuchelmörder Muraszko angehörte.

Wenn dies der Fall ist, so wäre man vielleicht schon auf die Spur der richtigen Verbrecher. Unseres Erachtens sind dort die Mörder zu suchen, denn man kann es sich kaum vorstellen, daß Muraszko, der doch über eine gewisse Intelligenz verfügte und sonst das Zeugnis eines anständigen Mannes erhielt, ohne irregeleitet zu sein, ohne unter einem fremden Drucke zu stehen, sich zu solch schändlicher Tat hätte hinreißen können.

Man darf auf die weitere Entwicklung dieses geheimnisvollen Mordes gespannt sein. Es liegt in der Macht unserer Behörden, das Dunkel des Meuchelmordes zu lüften. Doch wagen auch wir zu fragen, ob man ein Interesse daran hat.

## Riesendemonstrationen gegen Polen.

**Abberufung des polnischen Konsuls in Minsk.**

Das polnische Außenministerium erhielt von den Sowjets eine Protestnote, die im äußerst scharfen Ton gehalten ist. Die Moskauer Regierung fordert darin, die sofortige Abberufung des polnischen Konsuls in Minsk, Karczewski, der im Konsulatsgebäude den Geistlichen Usas verbarg, der einer derjenigen zum Tode verurteilten polnischen Staatsbürger ist, die gegen Baginski und Wieczorkiewicz eingetauscht werden sollten.

Wie verlautet, ist inzwischen der Geistliche Usas an die bolschewistischen Behörden bereits ausgeliefert worden. Das polnische Außenministerium hat sich auch bereit erklärt, den Konsul Karczewski abzuberufen.

Die Demonstrationen gegen Polen waren in Moskau und Leningrad von gewaltigem Ausmaß. In Moskau mußte die polnische Gesandtschaft von einem starken Polizei- und Militäraufgebot geschützt werden. An die demonstrierenden Massen hielten die Polen Dombal, Felix Kohn sowie der deutsche Kommunist Neumann Brandreden. Es wurden Drohungen gegen Polen ausgestoßen und „10 polnische Bürger für das Leben eines jeden Kommunisten" gefordert.

In Leningrad fanden Massendemonstrationen vor dem Gebäude der polnischen diplomatischen Mission statt. Ausschreitungen wurden durch Polizeigewalt verhindert.

Die sowjetrussische Presse hat einen äußerst feindlichen Ton gegen Polen angeschlagen. Sie fordert Genugtuung von Polen.

**Das Konsulat in Minsk mit Steinen beworfen.**

Die Demonstrationen gegen Polen nehmen einen immer gewalttätigeren Charakter an. In der Resolution wird mit Waffengewalt Genugtuung von Polen gefordert. In Minsk wurde der Polizeikordon vor dem polnischen Konsulat durchbrochen. Die Menge versuchte das Gebäude zu stürmen. Durch Steinwürfe wurden zahlreiche Fensterscheiben demoliert. Nur mit großer Mühe gelang es die demonstrierenden Massen zu zerstreuen.

## Polen und die Tschechei.

Im Außenausschuß des Senats hielt der tschechische Außenminister Dr. Benesch ein Expose über das Verhältnis der Tschechei zu den einzelnen Staaten. Was Polen anbelangt, so führte Dr. Benesch aus:

„Wir wollen mit Polen immer in gutem Einvernehmen und in nachbarlicher Freundschaft leben. Zu unserer Existenz brauchen wir die Existenz Polens so, wie dieses unsere Existenz braucht. Der Gewinn wird für beide Völker der gleiche sein. In die innerpolitischen Streitigkeiten und Probleme Polens mischen wir uns nicht ein, indem wir dem polnischen Volke eine glückliche und ruhige Zukunft wünschen, einen wahrhaften Frieden und wirtschaftliches sowie kulturelles Aufblühen."

Die deutschen Sozialisten kritisierten in ziemlich scharfer Weise das Expose. Der Sozialist Dr. Heller begrüßt den deutschen Vorschlag im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens.

Was die Verhandlungen mit Polen betrifft, wünscht er ein vollständiges Einvernehmen mit dem Staate, protestiert jedoch dagegen, daß der Minister das Verhältnis zu Polen nur vom slawischen Standpunkte beurteile.

Redner vermißt auch in dem Expose eine nähere Ausführung über die jure-Anerkennung Rußlands, des weiteren eine Andeutung über den zwischen Rußland und Japan abgeschlossenen Vertrag.

Der deutsche Abg. Dr. Ledebour (Christlichsozialer) stellte fest, daß die Stabilisierung der Friedensverträge nur die Bedrohung des Friedens bedeute. Er fragt den Minister, wie es sich mit den Regionalverträgen verhalte und verlangt weiter, zu wissen, ob in dem Vertrage mit Polen auch irgendwelche Verpflichtungen militärischen Charakters enthalten sind, besonders in bezug auf die Durchfuhr und Produktion von Waffen.

## Grabski fordert ein zweites Budgetprovisorium.

Da die Sejmkommissionen die Beratungen über das Staatsbudget für 1925 bis zum 30. April 1925 nicht beenden werden, beantragte Premierminister Grabski ein zweites Provisorium für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni auf der Grundlage des bisherigen Provisoriums. Die diesbezügliche Gesetzesvorlage wurde am Donnerstag dem Sejm eingereicht.

## Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

**Demonstration gegen Ratajski. — Die Mehrheit der Abgeordneten klebt an ihren Sesseln.**

Die Donnerstagsitzung dauerte bis in die späte Nacht. Großes Interesse wurde den Anträgen der P. P. S. und „Wyzwolenie" entgegengebracht, die die Regierung in der Angelegenheit der Ermordung von Baginski und Wieczorkiewicz interpellierten. Die Dringlichkeit des Antrages begründete Abg. Barlicki von der P. P. S.

Als Innenminister Ratajski das Wort ergreifen wollte, erhob sich auf den Bänken der Linken ein ungeheurer Lärm. Es wurden Rufe laut, wie: „Zur Dimission!", „Bandit!", „Gestern hat man in den Ostgebieten 1000 Personen verhaftet. Fragt diesen Banditen wofür!"

Da das Pultdeckelkonzert immer stärker wurde, sah sich der Marschall veranlaßt, die Sitzung zu unterbrechen. Erst nach der Pause konnte der Innenminister seine Erklärung abgeben. Ratajski, der durch Zwischenrufe ständig unterbrochen wurde, brachte in seiner Erklärung nichts Neues. Er teilte dem Sejm mit, wie es zur Ermordung gekommen ist, und daß die Regierung beschlossen habe, eine Kommission an Ort und Stelle zu senden, die die Einzelheiten der schändlichen Tat untersuchen soll.

Darauf wurde die Dringlichkeit des Antrages, der eine sofortige energische Untersuchung fordert, angenommen.

Der Antrag der „Wyzwolenie", der Sejm wolle beschließen, sich im Herbst aufzulösen, führte zu einer lebhaften Debatte. Abg. Zulawski von der P. P. S. forderte die sofortige Auflösung, da der gegenwärtige Sejm unfähig sei, wichtige Probleme, wie die Arbeitslosenfrage, die Wirtschaftskrise usw. zu lösen. Die Rechtsparteien sprachen sich gegen eine Auflösung aus. Sie begründeten ihre Haltung damit, daß ehe die Auflösung stattfindet, eine neue Wahlordnung ausgearbeitet werden müsse.

In der Abstimmung wurde der Antrag über Auflösung abgelehnt. Für die Auflösung stimmten die P. P. S., die N. P. R., die Kommunisten, Deutschen, Juden, Ukrainer, Weißrussen sowie der Radikale Bauernverband.

Nach dieser Abstimmung, die gegen 1 Uhr nachts erfolgte, wurde über das Rekrutierungsgesetz beraten, da Kriegsminister Sikorski erklärt hatte, nicht eher den Sitzungssaal zu verlassen, bevor nicht das Gesetz in 2. Lesung angenommen werden sollte. Dadurch will Sikorski bezwecken, daß das Gesetz noch vor den Ferien in 3. Lesung angenommen wird.

* * *

**Um die Unterstützungen für Arbeitslose.**

Die gestrige Sejmsitzung dauerte 8 Stunden, von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Am Vormittag wurden Emigrationsgesetze behandelt, am Nachmittag die Arbeitslosenunterstützungen. In dieser Frage wurden drei Anträge eingereicht: 1) des Kommunisten Wojtinski, der für alle Arbeitslose über 18 Jahre Unterstützungen verlangte; 2) des Abg. Waszkiewicz, der die Verlängerung von 26 auf 39 Wochen forderte und 3) des Abg. Szczerkowski, der ebenfalls Unterstützungen für alle Arbeitslosen über 18 Jahre forderte, wobei auch die in kleineren Betrieben Beschäftigten nicht ausgeschlossen sein dürfen.

Gegen alle drei Anträge erklärte sich Abg. Rusinek („Piast") der erklärte, daß der Arbeitslosenfonds 6 Millionen Unterbilanz habe und deswegen weitere Zuschüsse nicht gewährt werden können. Dagegen müsse die Regie-

rung alle Kräfte anspannen, um der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.

Ihm antwortete Abg. Ziemięcki in treffender Weise, worauf Abg Waszkiewicz erklärte, daß der Arbeiter keine Almosen verlangt, sondern die Sicherstellung seiner Existenz. Waszkiewicz berührte die Reorganisation der Arbeit in den Lodzer Großfirmen, die darin besteht, daß gerade die ältesten Arbeiter auf die Straße geworfen werden. So wurden in der Firma Julius Heinzel über 100 Arbeiter entlassen, die dort 40 bis 45 Jahre gearbeitet haben. Abg Wierzbicki vom Großverband der Industriellen macht Zwischenrufe, in denen er den Zehnstundentag als das allein richtige Mittel preist.

Abg. Trepka (Endek) ist gegen weitere Unterstützungen, da diese den Arbeitslosenfond ruinieren werden.

In der Abstimmung wurde die Resolution Waszkiewicz' angenommen.

Am Nachmittag wurde über das Rekrutierungsgesetz beraten. Abg Miedzinski „Wyzwolenie“ griff Kriegsminister Sikorski in scharfen Worten an, berührte die Angelegenheit der Berufung Pilsudskis in die Armee, erklärte sich jedoch für das Gesetz. Gegen das Gesetz erklärten sich nur die Ukrainer.

Die nächste Sitzung findet am 22. April statt.

## Die preußische Kabinettskrise.

Vor einigen Tagen wurde der demokratische Abg. Dr. Hopker-Aschoff gegen seinen Willen zum Ministerpräsidenten gewählt. Da er sich bisher nicht entschließen konnte, die Wahl anzunehmen, so ist eine Neuwahl zu erwarten. Als Kandidat wird erneut der Sozialdemokrat Dr. Otto Braun genannt. Gegen Braun hatte sich früher das Zentrum ausgesprochen. Gegenwärtig soll das Zentrum mit der Kandidatur Brauns einverstanden sein. Ist dies der Fall, dann besteht die Möglichkeit, in den nächsten Tagen Braun zu wählen. Es ist klar, daß von einer solchen Wendung der Dinge auch eine Erleichterung der Verhandlungen über die Präsidentschaftskandidatur Marx zu erwarten ist. Marx ist nämlich als Sammelkandidat der republikanischen Parteien vorgesehen. Erklärt sich die Sozialdemokratie mit dieser Kandidatur einverstanden, so ist die Wahl Dr. Marx' sicher.

## Die Reichspräsidenten-Kandidatenaufstellung.

Ueber die Kandidatur Dr. Marx' wird in den republikanischen Parteien noch verhandelt. Es ist jedoch eine Einigung zu erwarten.

Die Volkspartei hält an der Kandidatur Jarres fest. Wahrscheinlich werden auch die Deutschnationalen wieder für Jarres eintreten.

Die Kommunisten haben den Abg. Thälmann zum zweiten Mal aufgestellt.

## Regierungskrise in Frankreich.

Das Sinken des Franken sowie die schwierige Wirtschaftslage zwangen den Finanzminister Clementel zum Rücktritt. An seine Stelle ist De Monzie berufen worden. De Monzie war der Vorsitzende des Ausschusses, der die Fragen der russischen Schulden behandelte. De Monzie sprach sich seinerzeit für die Anerkennung der Sowjets aus. Die Regierungskrise ist den Rechtsparteien sehr willkommen gekommen. Wie es heißt, beabsichtigt der Senat, in dem die Einflüsse der Poincares und Millerands dominieren, einen Sturmangriff gegen die Regierung Herriot zu unternehmen.

## Börsenkrach in Amerika.

An der Neuyorker Börse wurde seit Wochen eine schwunghafte Spekulation mit verschiedenen Wertpapieren getrieben. Nun trat die Katastrophe ein. Zahlreiche Spekulanten und Banken haben in 3 Stunden über 3 Milliarden Dollar verloren. Nach amerikanischen Presseberichten ist die Panik an der Börse noch nie so groß gewesen. Man will bereits von Selbstmorden amerikanischen Millionäre wissen.

## Kurze politische Nachrichten.

**Kriegsminister Sikorski** ist nach Paris gereist, wo er mit General Nollet über Heeresfragen konferieren wird.

**Aus der „Wyzwolenie“ zur radikalen Bauernpartei.** Der Abg. Fiderkiewicz ist aus dem „Wyzwolenie“ Klub ausgetreten und ist bei der radikalen Bauernpartei angeschlossen.

**Skirmunt bei Chamberlain.** In einer Unterredung mit Skirmunt erklärte Chamberlain, daß England nicht daran denken könne, die Grenzen Polens zu garantieren.

## Heute Vorwahlversammlung in Pabianice.

Heute, Sonnabend, um 7 Uhr abends, findet im Hegenbartschen Saale an der Zamkowastraße die erste Vorwahlversammlung statt. Sprechen wird Abgeordneter Artur Kronig. Alle Volksgenossen werden hierzu eingeladen.

**Die Verwaltung des Kriegswaisenhauses** hat eine Broschüre herausgegeben, die eine kurze Geschichte des Kriegswaisenhauses enthält. Der Vertrieb der Broschüre soll dazu beitragen, die Mittel zum weiteren Ausbau des Waisenhauses zu verschaffen. Die Broschüre ist im Presseinformationsbüro „Spoka“, Petrikauer Nr. 79, für den Preis von 5 Zloty zu erhalten.

# Lokales.

## Die letzte Stadtratsitzung vor den Osterferien.

Am Donnerstag fand die letzte Stadtverordnetenversammlung vor den Osterferien statt. Auf eine Anfrage teilte Vizepräsident Groszkowski mit, daß die Anleihe von 3 200 000 Zloty, die die Regierung der Stadt für Investitionen angeboten hat, derart kurzfristig sind, daß sie der Magistrat nicht annehmen kann. Die Termine zur Rückzahlung in zwei Raten sind der 30. Juni und 30. August l. J.

Stv. Lichtenstein (Bund) fragte an, was mit seinem Antrag, den Arbeitslosen, die keine Unterstützungen erhalten, materiell zur Hilfe zu kommen, geschehen sei. Lakonisch antwortete der Magistratsvertreter, daß der Magistrat noch keine Zeit gefunden hat, sich mit dem Antrag zu beschäftigen.

Die Vertreter der Linksparteien protestierten gegen die Kündigung aller Angestellten des Magistrats und stellten den Antrag, die Kündigungen zurückzuziehen. Die Behandlung des Antrages wurde vertagt.

Der Magistrat antwortete auf die Anfrage, ob er ein schwarzes Kabinett unterhalte, das die Korrespondenz für die Magistratsbeamten auffängt und kontrolliert. Danach gab der Magistrat zu, daß ein Beamter der Wirtschaftsabteilung, Ritter, einen Brief an den Direktor der Gartenabteilung, Rybski, öffnete, und diesen an den Schöffen Bednarczyk weitergab. Bednarczyk übergab den Brief der Disziplinarkommission und diese benützte ihn dazu, gegen Rybski ein Strafverfahren einzuleiten. Charakteristisch ist, daß in derselben Sitzung ein Stadtverordneter fragte, ob es wahr sei, daß der Beamte Ritter von der 6. in die 4. Kategorie befördert wurde.

Nach Erledigung dieser Fragen wurden die Gehälter der Magistratsmitglieder festgesetzt. Danach wird der Präsident 1200, die Vizepräsidenten 1100 und die Schöffen 1000 Zloty monatlich erhalten.

Dem polnischen Theater wurde eine einmalige Unterstützung in Höhe von 17 000 Zloty gewährt. Vom 1. April ab wird das Theater eine monatliche Beihilfe von 10 000 und vom 1. Mai ab eine solche von 13 000 Zloty monatlich erhalten.

Hierauf wurde zu den Debatten über die Selbstverwaltungsgesetze geschritten, worüber wir an anderer Stelle berichten.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr 30 Min. geschlossen.

**An unsere gesch. Leser.** Die nächste Folge der „Lodzer Volkszeitung“ erscheint aus technischen Gründen anstatt am Dienstag — am Montag.

**Arbeitslosenunterstützungen.** Am Sonntag werden die Unterstützungen im Büro 9 an die Nr. 8001—8600 ausgezahlt.

• • •

Die Verwaltung des Arbeitslosenfonds erhielt von der Hauptverwaltung in Warschau die Nachricht, daß die arbeitslosen Angestellten noch vor den Osterfeiertagen vorläufig eine einmalige Unterstützung erhalten sollen. Der Termin der Anmeldung der Arbeitslosen wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Die Unterstützungen werden im Arbeitsamt ausgezahlt und zwar an diejenigen arbeitslosen Angestellten, die 1) seit dem 31. Dezember 1922 arbeitslos sind, 2) seit 3 Monaten in Lodz wohnen, 3) monatlich nicht mehr als 500 Zloty verdient hatten. Die Unterstützung, die als zinsloses Darlehen erteilt wird, beträgt für Junggesellen 45 Zl., für Familienväter (2 Personen) 60 Zl., 3 bis 5 Personen 85 Zloty, über 5 Personen 100 Zloty

**Die Brauereiangestellten** haben nach einer Konferenz mit den Brauereibesitzern im Arbeitsinspektorat eine 6prozentige Lohnzulage erhalten.

**Der Landarbeiterstreik** nimmt, wie die einlaufenden Meldungen besagen, an Umfang zu. Im Lodzer Kreise wird auf 45 Gütern gestreikt.

**Beigelegter Streik.** Der seit einigen Wochen in den Fabriken von Ei'ert und Schweikert andauernde Streik wurde gestern beendet. Der Tagelohn eines Webers beträgt 8,25 Zl auf einfachen Stühlen 7,92 Zl.

**Reservisten erhalten keine Unterstützungen.** Bis zur Zeit der Annahme des neuen Heeresgesetzes erhielten mittellose Reservisten vom Staate oder vom Arbeitgeber Unterstützungen. Das vorgenannte Gesetz hat diese Unterstützungen abgeschafft. Es sieht Unterstützungen nur im Kriegsfalle oder im Falle außerordentlicher Unterstützungen vor.

**Amerikaanleihen für den Ausbau polnischer Städte.** Die Städte Lublin, Radom, Petrikau und Czenstochau haben beschlossen, in diesem Jahre eine eifrige Bautätigkeit zu entfalten. Die entworfenen Pläne sehen Bauten für die Summe von 10 Millionen Dollar vor. Die hierzu notwendigen Summen hat der amerikanische Konzern Ulen & Comp. geliehen.

Die staatliche Wirtschaftsbank bemüht sich, bei dem vorgenannten Konzern um eine weitere Anleihe von 15 Millionen Dollar für Bauzwecke Die Anleihen sollen die Städte Sosnowice, Dombrowa, Bendzin, Kielce, Kalisch und einige andere erhalten. Die Bautätigkeit soll sofort aufgenommen werden.

**Englische Parlamentarier kommen nach Polen.** Die industrielle Gruppe der Unterhausmitglieder hat eine Einladung der polnischen Regierung als Gastgeberin zum Besuche Polens während der Pfingstfeiertage angenommen. An der Exkursion werden sich voraussichtlich 8 Mitglieder des Unterhauses und ein oder zwei Mitglieder des Oberhauses beteiligen, die am 26. Mai aus London abreisen und ungefähr am 20. Juni dorthin zurückkehren werden. Die Exkursion wird sich mit dem Studium der industriellen Lage in Polen wie auch des Erziehungssystems, der Verkehrsverhältnisse und der Verwaltungsmethoden der Regierung befassen, u. a. ist auch ein längerer Aufenthalt in Lodz vorgesehen.

**Die Abgabe der Einkommensteuererklärungen** wurde bis zum 31. Mai prolongiert.

**Geld für ein Gerichts- und Gefängnisgebäude.** In der Budgetkommission wurde ein Antrag angenommen, wonach 650 000 Zloty für den Bau eines Bezirksgebäudes sowie 150 000 Zloty für den Ankauf eines Platzes für ein Gefängnis bestimmt wurden.

**Großfeuer.** Donnerstag abends um 11 Uhr entstand in der Fabrik von Henryk Stein, Leszno 45, ein Großfeuer. In dem Gebäude ist eine Spinnerei untergebracht, in der 150 Arbeiter in zwei Schichten beschäftigt sind. Die sofort eingetroffene Feuerwehr hatte infolge Wassermangels eine schwere Arbeit. Das Fabrikgebäude ist vollständig niedergebrannt. Als Brandursache wird ein unachtsam weggeworfener Zigarettenstummel angesehen. Der Schaden ist bedeutend. Die Fabrik war gegen Feuer versichert.

**Weihe einer Schulfahne.** Am Sonntag, um $^{1}/_{2}$5 Uhr nachmittags, findet in der Konstantiner Str. 4 eine von der Schule Nr. 93 veranstaltete Fahnenweihfeier, verbunden mit Kinderaufführungen statt. Zu der Feier werden die Eltern der Kinder sowie die Gönner der Schule eingeladen.

**Der deutsche Lehrer-Verein** veranstaltet auch in diesem Jahre eine pädagogische Woche, zu der alle Lehrer und Lehrerinnen eingeladen sind. In einer Zuschrift des Vereins heißt es u. a.: Darum alle, geschätzten Kolleginnen und Kollegen, die ihr neue Bahnen, neue Wege sucht, kommt zur pädagogischen Woche, wo wir wieder gemeinsam ein Stück vorwärts zu kommen versuchen werden. Doch das schöne Goethewort verlangt nicht nur Tagesarbeit, sondern des Abends frohe Feste von uns. Ja, so wollen auch wir es halten! Wenn wir genug gedacht und gearbeitet haben werden, dann soll ein frohes, gemütliches Beisammensein uns näher zusammenführen. Ein Beisammensein auf dem jeder, ehe er seinen Fuß über die Schwelle setzt, mit Faust spricht: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“ Das ist also das Ziel und der Zweck unserer pädagogischen Woche: einerseits unseren Lehrern für die künftige Arbeit neue Richtlinien zu weisen, ihnen neuen freudigen Mut für die Arbeitsstätte mitzugeben, unser Höchstes, die Schule heben und vorwärts bringen zu helfen; doch andererseits ihnen auch einige schöne Erinnerungen an froh verlebte Stunden im Kreise gleichgesinnter Amtsgenossen mit nach Hause gebend!

### Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Sonntag, den 5. April, finden zwei Vorstellungen statt. Nachmittags um 4 Uhr geht bei volkstümlichen Preisen zum letzten Male „Maria Stuart“, Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich von Schiller, in Szene. Es dürfte das übrigens die letzte Klassikeraufführung in dieser Saison sein. Abends um 8 Uhr 15 Min. geht die reizende fein pointierte Komödie „Ingeborg“ von Kurt Götz in Szene. „Ingeborg“ errang bei der Premiere wie überall bisher einen durchschlagenden Erfolg.

# Von der Deutschen Arbeitspartei.

## Referentenkurse.

**Am Sonntag, den 5. April l. J., findet im Parteilokal in der Zamenhofastraße der übliche Referentenkurs statt. Abg. Emil Zerbe wird über „Die Selbstverwaltungen im Staate“ referieren. Außer den Teilnehmern der Kurse werden alle Stadtverordneten der Ortsgruppen der D.A.P. aufgefordert, an diesem Vortrag teilzunehmen. Beginn 9 Uhr früh.**

Der Hauptvorstand.

**An die Leser der Bibliothek der D. A. P.** Der Bibliotheksvorstand gibt bekannt, daß die Bücherausgabe vor den Feiertagen Dienstag, den 7 April, und nach den Feiertagen Freitag, den 17. April, erfolgt.

**Ortsgruppe Zgierz.** Heute, Sonnabend, findet eine gemeinsame Sitzung der Verwaltung und Revisionskommission im Lokale in der Langestr. 19 (Haus Bratschneider, Offizine, links) und am Mittwoch, den 8. April, um 6 Uhr abends, eine Verwaltungssitzung statt. — An beiden Tagen werden an Interessenten in Steuer-, Krankenkassen- und anderen Fragen Auskünfte erteilt. Dortselbst werden auch die Mitgliedsbeiträge entgegengenommen.

### Achtung, Jugend!

Die Aufnahme der Mitglieder der Jugendabteilung der D. A. P. findet täglich im Sekretariat der Jugendabteilung, Zamenhofa 17, von 7—9 Uhr abends statt. Daselbst wird jegliche Auskunft über sämtliche Angelegenheiten der Jugendabteilung sowie der einzelnen Sektionen, wie Sport-, dramatische und Musiksektion erteilt.

Der Vorstand.

**Achtung, Sportsektion!** Am Dienstag, den 7. April, findet die Monatssitzung der Sportsektion statt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird dringend gebeten.

Die Verwaltung.

# Briefkasten.

**L. A. S.** Keine der öffentlichen Bibliotheken besitzt eine spezielle Abteilung für technische Fachbibliothek. Die Errichtung einer solchen wird geplant. In der Bibliothek in der Andrzeja Nr. 14 werden Sie aber einige lose Werke finden.

# Aus dem Reiche.

### Konferenzen der Vertreter der Nachbarstädte mit dem Wojewoden

In den letzten Tagen machte sich der Lodzer Wojwode, Herr Darowski mit den Bedürfnissen unserer Nachbarstädte bekannt

In Pabianice wurde ihm erklärt, daß diese Stadt bedeutende Investitionen nötig hat. Pabianice hat eine Kanalisation und Wasserleitung nötig. Die Stadt besitzt weder eine Badeanstalt, einen städtischen Schlachthof noch ein Elektrizitätswerk. Infolgedessen ersuchten die Vertreter der Stadt den Wojewoden um die Erwirkung einer Anleihe für die Stadt. Der Wojewode sagte zu.

Am 29 März konferierte der Wojewode mit den Vertretern der Stadt Konstantynow. Der Wojewode erklärte, daß diese zerstörte Stadt baldmöglichst aufgebaut werden müsse, da heute noch zahlreiche Familien in Lehmhütten hausen. Auch hier versprach der Wojewode die Auswirkung einer staatlichen Beihilfe.

Die Stadt Sieradz forderte Anleihen für den Chausseebau, Zdunska-Wola Kredite für Wasserleitung und Kanalisation

Der Wojewode will diese Wünsche höherenorts anbringen.

---

**Zgierz.** Liebesdrama. Mittwoch abend gab der 21jährige Wladyslaw Ostrowski, Zakrent 24, auf seine ebenfalls 21jährige Braut Apolonja Krarcarska, Srednia 14, während ihres Besuches in seiner Wohnung einen Revolverschuß auf die K. ab, durch den sie schwer verwundet wurde. Darauf erschoß er sich durch einen Schuß in den Mund. Der Grund zu dieser Tat war die Weigerung der Eltern der K., eine eheliche Verbindung zwischen den beiden jungen Leuten zu gestatten, trotzdem beide ein Liebesverhältnis unterhielten und K. schwanger ging.

**Warschau.** Frauenpolizei. Das Polizeikommando hat bekannt gegeben, daß es eine Frauenpolizei organisiert. Es meldete sich eine große Anzahl Frauen für die freien Posten Vorläufig wurden 30 weibliche Polizisten angestellt, die den Polizeikursus besuchen werden. Die weibliche Polizei soll hauptsächlich zum Kampf mit der Unzucht verwendet werden.

**Bromberg.** Selbstmörderklub. Vor einigen Tagen fand man einen gewissen 20jährigen Wellsberg im Bromberger Regierungsgarten erschossen auf. Aus einem seiner Briefe vernimmt man nun, daß er einem Selbstmörderklub angehörte, der sich zum Ziel gesetzt hat, jede 5 Tage je eines seiner Mitglieder durch Losung für den Selbstmord zu bestimmen. Kurz vorher erschoß sich in Warschau eine gewisse Kotka Hanusz, Statistin vom Bromberger Stadttheater.

**Bialystok.** Die hiesige Abteilung der Bank Polski wurde am Mittwoch um 17 000 Zloty bestohlen.

**Tschenstochau.** Kanalisation. Die Vorarbeiten zwecks Kanalisierung der Stadt sind bereits in Angriff genommen worden. Der Behälter wird auf der Jasna Góra, wo früher das Pulvermagazin stand, errichtet werden.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Std. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.





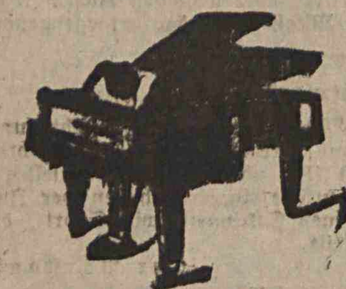






















# Wohin?

Polen, dein Untergang ist Rom.
*Ausspruch Juljusz Slowackis.*

Der Kuhhandel, der in Rom zwischen Stanislaw Grabski und dem Vatikan geführt wurde, hat als Ergebnis das Konkordat gezeitigt. Fest umschlungen hat Rom Polen an seine liebevolle Brust gedrückt. Polen hat dabei gar nicht gemerkt, daß es durch diese Umarmung seine Bewegungsfreiheit verloren hat.

Für uns deutschen Nichtkatholiken hierzulande ist durch die Annahme des Konkordats die ohnehin schon traurige Lage noch bedeutend verschlimmert worden. Der Chauvinismus und der katholische Klerikalismus haben im Konkordat einen mächtigen Stützpunkt gefunden, der für jegliches Eingreifen in das Schul- und Kirchenwesen der Minderheiten den Weg freimacht. Ehen, die in der evangelischen Kirche geschlossen wurden, werden von der katholischen Kirche nicht anerkannt und können auf Wunsch des einen Teiles von der katholischen Kirche für null und nichtig erklärt werden. Ehrbare deutsche Frauen, die die Ehe in der evangelischen Kirche eingegangen sind, werden dadurch zu Konkubinen gestempelt und deren Kinder für unehelich und vogelfrei erklärt.

Welche Gefühle des Hasses wachsen gleichsam mit dem Kinde gegen diejenigen auf, die es für unehelich erklärt und damit ihm die höchste Bürgerehre genommen und zu dem Auswurf der Gesellschaft gestoßen haben? Werden diese Kinder jemals zu aufrichtigen Staatsbürgern erzogen werden können? Dies ist stark zu bezweifeln! Solch eine Bevorzugung des einen und gleichzeitige Benachteiligung des anderen Staatsbürgers kann nie zum Wohle des Staates gereichen. Die im Motto angeführten Worte Slowackis kommen uns unwillkürlich in Erinnerung.

Herrn Stanislaw Grabski, der den Schacher um das Konkordat in Rom bewerkstelligt hat, wurde in Anbetracht seiner „Verdienste“ das Portefeuille des Kultusministers übertragen. Für uns Minderheiten ist die Ernennung des Herrn St. Grabski zum Kultusminister ein schwerer Schlag. Der Herr Kultusminister wird nun gleich Gelegenheit haben, die Bestimmungen des Konkordats in der Schule zur praktischen Anwendung zu bringen. Und da bei uns leider der Begriff Katholisieren gleichbedeutend mit Polonisieren ist, so werden unsere deutschen Schulen erneut Drangsalierungen ausgesetzt sein. Eine neue Sturm- und Haßwelle wird sich gegen uns ergießen.

In dem Konkordat ist für das Wohlergehen der katholischen Geistlichkeit in reichlichstem Maße gesorgt worden. Horrende Gagen wurden für die Geistlichen ausgesetzt, damit ihnen für ihre „fruchtbringende“ Arbeit auch der verdiente Lohn nicht vorenthalten werden soll.

Woher sollen aber diese Gelder hergenommen werden? — Grabski wird seine Steuerschraube noch fester anziehen müssen und die Nichtkatholiken in Polen, gegen die doch das Konkordat gerichtet ist, werden fleißig Steuern zahlen müssen, um dem katholischen Klerus den Beutel zu füllen. Riesige Summen werden von der Kirche verschlungen, während Tausende von Arbeitern in bitterster Not und tiefstem Elend dahinsiechen.

Während die anderen Staaten sich von den Fesseln Roms vollständig zu befreien suchen, während Frankreich die Beziehungen mit dem Vatikan abbricht, die Tschechoslowakei Rom die Tür weist und Litauen entschieden gegen das Konkordat Stellung nimmt, verschreibt unsere Grabskische Familienregierung die polnischen Staatsbürger an Rom als treue und geduldige Schäflein.

Unsere Staatslenker scheinen aus der Geschichte Polens nichts gelernt zu haben. Schon einmal hat Rom das einst so blühende polnische Reich zum Untergang geführt. Soll sich die Geschichte zum zweiten Mal wiederholen?

Quo vadis, Polonia? — Wo gehst du hin, Polen?

Otto Heike.

Obwohl wir nicht in allen Teilen des Artikels mit Herrn O. H. übereinstimmen, bringen wir ihn, weil er die Ansicht großer Teile der Nichtkatholiken trefflich widerspiegelt, die in ihren religiösen Anschauungen durch das Konkordat auf das tiefste berührt werden. Die Red.

## Keine Spaltung in der „Wyzwolenie“.

Die Rechtspresse machte sich in der letzten Zeit den Antrag der „Wyzwolenie“, die Ländereien für die Bodenreform ohne Bezahlung zu enteignen, zunutze, um der „Wyzwolenie“ eine Klubspaltung vorherzusagen. Die inneren Klubstreitigkeiten sind nunmehr zu Ende. Das Ergebnis ist, daß drei Senatoren, Wyslouch, Dobrucki und Gaszynski, ihren Austritt aus dem Klub erklärten.

Damit fand der Klub seine Festigkeit wieder.

## Sturmszenen im französischen Parlament.

Das Kultusministerium hatte Scelle als Professor an die Rechtsfakultät der Pariser Universität berufen. Gegen diese Ernennung lehnte sich ein Teil der Studierenden auf, so daß der Kultusminister sich gezwungen sah, die Fakultät zu schließen. In der Kammer hatte diese Angelegenheit ein Nachspiel. Die Nationalisten griffen den Kultusminister heftig an. Es kam dabei zu unbeschreiblichen Sturmszenen. Der Präsident sah sich genötigt, die Sitzung zu unterbrechen und für die Nacht die Fortsetzung der Sitzung anzuberaumen. Erst in dieser Sitzung konnte der Kultusminister seine Rede beendigen.

## Macdonald über die deutsche Konkurrenz.

Macdonald erklärte in einer Rede in Islington, daß die **deutsche** Konkurrenz der englischen Industrie **überlegen** sei, weil Deutschland es verstanden habe, der Verschwendung entgegenzuarbeiten und die Produktion besser zu organisieren als England. England kranke an einem großen Uebel, nämlich an der zu weit getriebenen Kapitalkonzentrierung, die für alle Enttäuschungen verantwortlich sei.

## Die Beendigung des schwedischen Arbeitskonflikts.

Nach mehrtägigen Verhandlungen ist es jetzt zu einer **Einigung** in dem großen Konflikt am schwedischen Arbeitsmarkt gekommen. Die am 16. März erfolgte Aussperrung von 130 000 Arbeitern, hauptsächlich aus der Papier-, Holz-, Maschinen- und Textilindustrie, wurde mit sofortiger Wirkung wieder **aufgehoben**. Die Arbeitgeber haben in dem endgültigen Abkommen neuerlich größere **Zugeständnisse** gemacht als die Arbeiter in einzelnen Punkten. Die Verträge gelten jedoch nur bis Ende dieses Jahres, wo wahrscheinlich die Arbeiter neue Vorstöße versuchen werden.

## Was ist die Einheitsschule?

### Ein Vortrag im Deutschen Lehrerverein.

In unserem Lande wurde auf dem Gebiete des Schulwesens schon viel geleistet. Immer mehr bricht sich die Ansicht Bahn, daß das geistige Leben, die Kultur auf eine möglichst hohe Stufe gebracht werden müsse, um einen mächtigen einheitlichen Staat zu schaffen. Daher spricht man auch viel von der Organisation des Schulwesens und von der Einführung der Einheitsschule. „Was ist die Einheitsschule und welches sind ihre Merkmale?“ Darüber sprach am Sonnabend Herr Gymnasiallehrer **Schütz**, Zgierz, nach dem Werke Prof. Oestreichs „Die elastische Einheitsschule“. „Wenn wir einen Blick auf unsere heutige Schule werfen, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß sie zu wenig auf das Leben bezug nimmt. Die Einheitsschule will Menschen heranbilden, die den wahren Zweck des Lebens erfassen, sich eine gebührende Stellung in der zivilisierten Welt sichern, und ihrerseits der Zivilisation etwas geben können, sie will also zum praktischen Leben vorbereiten. Sie ist eine wirkliche Arbeitsschule, in der neben dem Kopf auch die Hand zu ihrem Recht kommt. Alle Werte, die in der Schule entstehen, sind auch gesellschaftlich nützlich. Sie ist also Produktionsschule, Lebensschule, so daß Schule, Leben und Arbeit ein geschlossenes Ganzes bilden. Die Einheitsschule umfaßt: Kindergarten, Grundschule, Mittelschule, Oberschule, Hochschule. Kinder aller Gesellschaftsklassen ohne Unterschied des Standes besuchen die Grundschule. Der Unterricht zunächst ohne Plan erstrebt Willensbildung. Nach vier Grundschuljahren findet durch Lehrer und Eltern eine Beurteilung der Schüler auf Grund ihrer Begabung und Leistungsfähigkeiten statt. Für ganz Begabte werden besondere Klassen errichtet. Es ist also möglich, daß die Begabten in drei Tagen dasselbe leisten wie die Langsameren in fünf Tagen. Jedes Kind kann sich seinen Anlagen entsprechend entwickeln. Nach dem 16. Lebensjahre geht der junge Mann in die Oberschule oder in die Berufsschule über. Aufgabe dieser Schulen ist es, den Schülern allgemeine Bildung zu geben und sie für das höhere Studium vorzubereiten. Die Einheitsschule ist die Schule zur Einsicht, zum Volke, sie soll die Zukunftsschule sein.“

# Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(52. Fortsetzung.)

„Die Lage ist für das britische Reich genau so ernst wie für uns, wenn Ihre Regierung darauf bestehen sollte, die einstimmigen Beschlüsse eines freien und mündigen Volkes zu mißachten. Australien kann nicht ausgehungert werden. Es hat einen bedeutenden Ueberschuß an Fleisch und Brot. Es hat in seiner Bevölkerung fünf Millionen wehrhafter Männer ...“

„Ich hoffe nicht, daß das Land der Welt das traurige Schauspiel einer abtrünnigen Kolonie bieten wird.“

Der Engländer sagte es, um etwas zu sagen. Er war seiner Sache nicht mehr so sicher wie im Anfang.

Mr. Applebee fuhr fort: „Ein solches Schauspiel mag für England traurig sein. Die Sympathien der Welt sind fast immer bei den Kolonien gewesen, welche die Freiheit für sich in Anspruch nahmen und ...“

Mr. Applebee schwieg. Auch der englische Gesandte blieb still. Der Name des Diktators Cyrus Stonard stand unausgesprochen zwischen ihnen. Der Australier fühlte sich der amerikanischen Unterstützung sicher. Der Engländer hatte die Ueberzeugung, daß die amerikanische Wehrmacht in dem Augenblick losschlagen würde, in dem ein englischer Soldat oder ein englisches Schiff die Freiheit des fünften Kontinents antasteten.

„Ich hoffe, daß es der Umsicht der englischen Regierung gelingen wird, die Lage zu entspannen.“

Das waren die Abschiedsworte, mit denen der australische Premier den Gesandten entließ.

Mr. Applebee kehrte in sein Kabinett zurück. Ein Klerk meldete ihm, daß Mr. Jones ihn zu sprechen wünsche. Mr. J. F. C. Jones, der Sondergesandte des Präsident-Diktators. Allright, der sollte die frohe Botschaft aus erster Quelle vernehmen. Der Australier hielt ihm die Liste mit dem Abstimmungsergebnis entgegen.

„Die Sache ist in Ordnung, Sir! Einstimmiger Beschluß von Oberhaus und Unterhaus. Der erste Fall in der Geschichte Australiens, daß ein Beschluß in beiden Häusern mit allen Stimmen angenommen wird.“

Mr. Jones trocknete sich die hohe Stirn mit einem seidenen Taschentuch.

„Ich sehe leider, daß ich zu spät gekommen bin. Ich wollte Sie bitten, die Abstimmung um vierzehn Tage zu verschieben.“

Mr. Applebee sank sprachlos auf seinen Stuhl.

„Ich verstehe nicht. Ich denke, das amerikanische Volk ersehnt die Vereinigung ebensosehr wie wir?“

„Es ersehnt sie. Nur ein Aufschub von vierzehn Tagen. Aus Gründen der äußeren Politik der amerikanischen Union.“

Mr. Applebee machte eine hilflose Bewegung.

„Wenn ich auch nur mit der Andeutung eines solchen Wunsches vor das Parlament trete, bin ich in zwei Minuten später nicht mehr Minister.“

Der Amerikaner betrachtete seine Stiefelspitzen.

„Ich werde mich umgehend mit Washington in Verbindung setzen, den Tatbestand mitteilen, um neue Instruktionen bitten. Die Sache liegt klar. Der Parlamentsbeschluß ist in der ganzen Stadt, jetzt vielleicht schon in allen Großstädten des Kontinents bekannt. Das Volk auf der Straße ist in einem Freudenrausch. Wir können nicht daran denken, diese Stimmung zu stören. Aber ... Sie sind das ausführende Organ für die Beschlüsse. Wenden Sie Ihre ganze Kunst auf, um England hinzuhalten. Beachten Sie wohl, die Sache soll durchaus so vor sich gehen, wie sie verabredet wurde. Sie ist nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Bei dieser Sachlage wird es Ihnen möglich sein, einen Konflikt um vierzehn Tage hinauszuschieben ... Ich hoffe, es wird Ihrer Kunst gelingen.“

Mr. Applebee versprach, sein möglichstes zu tun. Während von draußen her der Jubel der enthusiasmierten Menge dumpf in den Raum drang, empfahl sich der Amerikaner mit kräftigem Händedruck.

* * *

Unter den Passagieren des Flugschiffes Stockholm—Köln befand sich Dr. Glossin. Während seine Mannschaft nach dem Abenteuer in Linnais im eigenen Schiff nach den Staaten zurückkehrte, fuhr er nach Deutschland.

Das Flugschiff war ein gutes, ziemlich schnelles Fahrzeug der mitteleuropäischen Verkehrsgesellschaft. Für zweihundert Passagiere eingerichtet, legte es bei einer Stundengeschwindigkeit von etwas über vierhundert Kilometer die Strecke Stockholm—Köln in rund vier Stunden zurück. Dr. Glossin war um acht Uhr morgens von Stockholm fortgeflogen. Fahrplanmäßig mußte das Schiff den Kölner Flughafen zwölf Uhr mittags erreichen. Jetzt stand es zwischen Malmö und Kiel über der Ostsee.

Der Doktor hatte es sich in einer Fensterecke bequem gemacht und zog bei sich die Bilanz des Geschehenen.

Die Sachen waren nicht schlecht gegangen. Erik Truwor und die Seinen waren vernichtet. Es war bereits schwarz auf weiß gedruckt zu lesen. Haparandas Tagblad hatte in der Morgenausgabe einen kurzen Bericht über das Unglück von Linnais. Eine rätselhafte Brand- und Explosionskatastrophe, die mehrere schwedische Bürger das Leben gekostet haben sollte. Er hatte einige Exemplare der Zeitung gekauft, bevor er von Haparanda die Reise nach dem Süden antrat.

(Fortsetzung folgt.)

# Um zwei schöne Augen.

Roman von H. Abt.

(Nachdruck verboten.)

(30. Fortsetzung.)

Nach altem Brauch die Hochzeit — daheim gefeiert bei ihnen, ohne seine Eltern, nur ihre Mutter und Emma und Paula und Frieda und er dazwischen — er, der in eine andere Welt gehörte! All ihre Liebe schrie das Nein dagegen.

„Um dich kann ich's ja doch nicht, nur um dich! Denn für dich wär's kein Glück!"

„Und wenn's mein Unglück wäre, mit dir wär's doch das Glück!"

Seine Schritte hasteten wieder voran. Die ihren leisteten keinen Widerstand. „Komm mit mir. Siehst du die Lichter dort drüben? Das ist der Bahnhof. In einer halben Stunde geht der Zug. Komm mit mir. Lachend hab' ich alles von mir geworfen, was mich von dir trennt, und tät's wieder und immer wieder. Und du hast Angst und traust dich nicht, nach deines Herzens Stimme zu tun? So klein ist deine Liebe?"

Klein — so klein — — und ihr war's doch, als wär' sie so groß, daß sie keinen Raum mehr fände in ihr, mit schmerzhaften Stößen die Freiheit sich erzwingen wollte. Und das Wirrsal in ihr war wie ein dunkler Wald, vor dem ihr das Grausen kam und ihre verstörten Augen das Licht suchten, das aus diesem Dunkel herausleitete — die Lichter des Bahnhofs dort drüben, vor dem er stehen geblieben war, wartend auf ihr letztes Wort.

Es fand sich nicht über ihre im stummen Kampfe zuckenden Lippen, da sprach er noch einmal, den Blick zur Bahnhofsuhr hinauf gewandt:

„Noch zwanzig Minuten, dann geht der Zug. Ich fahre mit ihm, wie du dich auch entscheidest. Doch fahr ich allein, siehst du mich niemals wieder."

Sah sie ihn niemals — niemals wieder. — Zu seinem Gesicht empor zuckten ihre Augen, seinem Gesicht, das sie niemals wiedersehen sollte. — Es wurde dunkel vor ihrem Blick, die Lider sanken ihr herab, und ihre Hände hoben sich, streckten sich tastend ihm entgegen, mit blinden Augen.

## IX.

Werneburgk. —

Von dem blanken Messingschild sprang ihm der Name entgegen, sein Name an der Tür zu seinem Heim.

Sein künftiges Heim, vier Treppen hoch in einer der neuen freigelegenen Straßen an der Weichbildgrenze der Reichshauptstadt. Allein hatte sie alles in der Wohnung einrichten wollen, um ihn dann mit dem Gesamteindruck zu überwältigen. Selbst den Korridorschlüssel hatte sie ihm vorenthalten, er mußte klingeln, wenn er kam.

Seine Hand hob sich zu dem elektrischen Knopf und zog sich nochmals zurück. Im Treppenhaus schaute er sich um. „Hochherrschaftlich" — nannte der Wirt die bunten Glasfenster mit ihren leichtgeschürzten Huldgestalten, die mit feenhaften Landschaften bemalten Wandflächen und den roten Kokosläufer, der sich bis zur dritten Etage hinaufzog. Und neu war alles. Man roch förmlich die Neuheit. Nun ja, dafür zahlte man eben Trockenwohnerpreis, und Adele hatte gemeint:

„Es geht ja auf den Sommer zu, da scheint die liebe Sonne den ganzen Tag und wird's bis zum Winter schon noch vollends austrocknen."

Ja, die Sonne schien, das ganze hochherrschaftliche Treppenhaus war voll davon, und aus dem blanken Messingschild riß sie blitzende Funken hervor. Und mitten hinein in das blitzende Sonnengefunkel griff jetzt Heinz Werneburgk und ließ voll Ungeduld die Klingel aufschrillen.

Aus der Stube heraus über den Korridor kam sie dahergeflogen, als hätte sie schon längst auf dieses ungeduldige Einlaßbegehren gelauert. Und dann machte sie doch ganz langsam und feierlich die Tür ihm auf. Ein weißes Kleid hatte sie an, trug Rosen im Haar, Rosen an der Brust und hielt Rosen in den Händen, die sie ihm entgegenstreckte.

„Willkommen, Heinz, und Glück auf!"

Das Glück in Rosen, auf seiner Schwelle!

Er wollte sie emporheben, wie er schon manchmal, prunkend mit seiner Manneskraft, die zierliche Gestalt auf seinem Arm getragen hatte. Heut aber wehrte sie ihm.

„Nein, jetzt nicht so."

Hand in Hand traten sie ein, sie leitete ihn bis zur Mitte des ersten Zimmers hin, wo sich der Ueberblick über die weitgeöffneten sämtlichen drei Räume der Wohnung bot. Und jetzt kam's, worauf sie in fiebernder Vorfreude gewartet, sein staunendes, bewunderndes „Ah"!

„Adele, du hast ja gezaubert!"

Es war ihm Ernst mit seinem Ruf. Was hatte sie mit den paar billigen Möbeln, mit den unechten Teppichen für Wunder geschaffen! Dort an den Fenstern und über den Türen, da waren sie also, die Spitzen und kunstvollen Stickereien, die er ihr so manchmal drunten am blauen Mittelmeergestade aus den emsigen Fingern gewunden, unwillig darüber, daß ihre Augen noch auf anderes schauten als nur auf ihn. Und draußen vom offenen Balkon lachte der Frühling herüber, da war ein grünes, blühendes Nest geschaffen, zu dem sie ihn jetzt hinauszog.

„Ist's nun nicht doch schön, daß wir so hoch oben wohnen, mit gar niemand weiter über uns, fast, als ob wir im Himmel wären?"

„Ich bin im Himmel, immer und überall, wo ich dich habe, Adele."

(Fortsetzung folgt.)